

SATZUNG

**ÜBER DIE FÖRMLICHE FESTLEGUNG DES SANIERUNGSGEBIETS
„ALTSTADT“
VOM 15. OKTOBER 2019**

Aufgrund von § 142 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) und § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Neufassung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 582, ber. 698), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. März 2019 (GBl. S. 161, 186) hat der Gemeinderat der Stadt Meersburg in seiner Sitzung am 15. Oktober 2019 folgende Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Altstadt“ in Meersburg beschlossen:

§ 1

Festlegung des Sanierungsgebietes

1. In der Stadt Meersburg wird der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung als „förmlich festgelegtes Sanierungsgebiet“ festgesetzt.
2. Zur Behebung städtebaulicher Missstände nach § 136 Abs. 2 und 3 BauGB werden im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet Sanierungsmaßnahmen in Form von Ordnungsmaßnahmen nach § 147 BauGB und Baumaßnahmen nach § 148 BauGB durchgeführt.

§ 2

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem Lageplan vom 15. Oktober 2019. Dieser Lageplan ist Bestandteil der Satzung.

Das Sanierungsgebiet umfasst demnach im Wesentlichen das Gelände des bestehenden Fährparkplatzes, die Bereiche an der unteren Daisendorfer Straße und Am Stadtgraben / Marktplatz, die Grundstücke Unterstadtstraße 5, 7, 9 und 11, die Grundstücke Uferpromenade 2 und Stefan-Lochner-Straße 9 sowie die Flurstücke Nr. 330 und 331/1 an der Uferpromenade.

§ 3

Verfahren

Die Sanierungsmaßnahme wird im vereinfachten Verfahren durchgeführt. Die besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156a BauGB finden keine Anwendung.

§ 4
Genehmigungspflichten

Die Vorschriften des § 144 BauGB über genehmigungspflichtige Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgänge finden Anwendung.

§ 5
Durchführungsfrist

Die Frist zur Durchführung der Sanierung wird mit 10 Jahren festgelegt.

§ 6
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Meersburg, 16.10.2019

Scherer
Bürgermeister

Hinweise gemäß § 143 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Auf die §§ 24 und 144 sowie 145 BauGB wird in diesem Zusammenhang besonders hingewiesen.

Hinweis gemäß § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung bzw. Anzeige oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Ausgefertigt:

Meersburg, 16.10.2019

Scherer
Bürgermeister